

13. Mai 2020

Corona-Umfrage in Metall- und Elektroindustrie NRW

Kurzarbeit nimmt weiter zu – dramatische Umsatzeinbrüche
Dr. Mallmann: „Die vier Gebote der Stunde lauten: Konsum ankurbeln, Lieferketten stabilisieren, Liquidität der Unternehmen erhalten und Spielräume für Zukunftsinvestitionen eröffnen“

Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen in der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie hat sich zwei Monate nach Beginn der erheblichen Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie noch einmal deutlich verschärft. Dies ist das Ergebnis einer am Mittwoch vorgelegten und in der ersten Maiwoche durchgeführten Umfrage des Verbandes der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen (METALL NRW), an der sich rund 400 verbandsgebundene Betriebe mit mehr als 120.000 Beschäftigten beteiligt hatten. Danach befinden sich fast zwei Drittel der Unternehmen in Kurzarbeit. Im April waren es noch 48 Prozent der befragten Betriebe. Betroffen sind 71 Prozent der Beschäftigten, deren Arbeitszeit im Schnitt um 42 Prozent abgesenkt wurde. Der Hauptgeschäftsführer von METALL NRW, Dr. Luitwin Mallmann, erklärte, immer mehr Unternehmen dieses Industriezweigs erreichten bald die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Es sei zwar erfreulich, dass Kündigungen weitestgehend noch kein Thema seien. „Sorge bereitet mir allerdings die Ankündigung, dass inzwischen mehr als jedes vierte Unternehmen betriebsbedingte Kündigungen in den kommenden Monaten nicht mehr ausschließen will“, sagte Mallmann.

In fast der Hälfte der Unternehmen (47 Prozent) ist der Umfrage zufolge die Produktion inzwischen „stark“ oder sogar „sehr stark“ eingeschränkt. Hauptgrund dafür ist vor allem die ausbleibende Nachfrage, von der 84 Prozent der Unternehmen betroffen sind, besonders stark die Automobilindustrie. Für 2020 erwarten fast neun von zehn Unternehmen Umsatzrückgänge von durchschnittlich 25 Prozent. „Die Politik muss jetzt vier Aufgaben angehen: Den Konsum ankurbeln, die internationalen Lieferketten stärken, die Liquidität der Betriebe erhalten und Spielräume für Zukunftsinvestitionen eröffnen“, betonte Mallmann. Ein solches Paket wäre ein wichtiger Impuls dafür, dass Unternehmen, Beschäftigte und Konsumenten wieder neues Vertrauen in eine stabilere wirtschaftliche Entwicklung fassen könnten.

Die Verbandsumfrage im Mai ist die zweite Umfrage von METALL NRW und seiner 26 Mitgliedsverbände binnen eines Monats. Gegenüber der ersten Befragung Anfang April hat sich der Anteil der

Kontakt:Dipl.-Volksw.
Hubertus EngemannMitglied der
HauptgeschäftsführungLeitung
KommunikationFon: 0211 4573-232/233
Fax: 0211 451370

engemann@metall.nrw

www.metall.nrw



**DIE UNTERNEHMEN
DER METALL-
UND ELEKTRO-
INDUSTRIE**
IN NORDRHEIN-WESTFALEN



**„Wir sind das Herz
der Wirtschaft.“**

Unternehmen, die sich „stark“ oder „sehr stark“ von der Corona-Krise betroffen zeigen, erheblich von 36 auf 47 Prozent erhöht. „Der Hauptgrund, die fehlende Nachfrage, hat sich gegenüber April von 77 Prozent noch einmal auf 84 Prozent verstärkt“, so Mallmann. Die Kapazitätsauslastung erreiche gegenwärtig gerade einmal 64 Prozent, während die Normalauslastung der Industrie etwa zwischen 80 und 84 Prozent liege.

Trotz der schweren Rezession seien betriebsbedingte Kündigungen erfreulicherweise bislang die absolute Ausnahme. „Bisher haben erst drei Prozent unserer Unternehmen Mitarbeiter entlassen müssen“, sagte Mallmann. Dies sei Ausdruck des großen Bemühens der Betriebe, ihre Stammbeschaften so lange wie eben möglich an Bord zu halten. Dies zeuge von hohem Verantwortungsbewusstsein und der großen Bereitschaft, die Krise gemeinsam mit den Mitarbeitern bewältigen zu wollen. Die Anstrengungen der Unternehmen gingen häufig auch zulasten der unternehmerischen Substanz. Dieses Vorgehen sei auch in der Finanzkrise vor einem Jahrzehnt erfolgreich gewesen, als Deutschland und insbesondere die M+E-Industrie besser aus der Rezession herausgekommen seien als andere. Derzeit nutzten die Unternehmen vor allem flexible Arbeitszeitregelungen (66 Prozent) und tarifliche Instrumente (36 Prozent), um die Krise zu überstehen. Zunehmend an Gewicht gewönnen jedoch inzwischen staatliche Hilfen wie Stundungen von Steuern und Sozialabgaben, finanziellen Soforthilfen sowie Kredite. Ob indes die Kriseninstrumente mittelfristig ausreichen, sei zunehmend fraglich. „Insofern ist die Ankündigung zahlreicher Firmen, in den nächsten Monaten betriebsbedingte Kündigungen in Betracht ziehen zu müssen, ein Alarmsignal“, betonte Mallmann.